

EINGEGANGEN 2 S. Juli 2013



Heike Hänsel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Heike Hänsel, MdB, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen

IG Metall Reutlingen/Tübingen
Gert Bauer
Ernst Blinzinger
Gustav-Werner-Str. 25
72762 Reutlingen

Berlin, den 22.07.2013
Bezug: Stellungnahme zur
Eninger Erklärung – Delegierten-
versammlung der IG Metall Reut-
lingen-Tübingen am 25.3.2012

Heike Hänsel, MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen
Telefon: +49 07071-208810
Fax: +49 07071-208812
heike.haensel@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3.007
Telefon: +49 30 227-73179
Fax: +49 30 227-76179
heike.haensel@bundestag.de

Entwicklungspolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.

Vorsitzende Unterausschuss Vereinte
Nationen und Globalisierung

Stellungnahme zur Eninger Erklärung – Delegiertenversammlung der IG Metall Reutlingen – Tü- bingen am 25.3.2013

Lieber Gert Bauer,
lieber Ernst Blinzinger,

herzlichen Dank für Euer Schreiben und die Zusendung der
Eninger Erklärung.

In großen Teilen stimme ich mit Eurer Eninger Erklärung überein. Auch ich sehe die Altersarmut als das Ergebnis der gescheiterten Renten- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Ausweitung prekärer Arbeit führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Hinzu kommen geringe Beiträge aufgrund niedriger Löhne. Obendrein lassen die Rentenreformen das Niveau der gesetzlichen Rente langfristig dramatisch sinken, dies soll durch private Vorsorge ausgeglichen werden. Doch wer hat hierzu schon die finanziellen Möglichkeiten? Viele brauchen ihr Einkommen, um den Alltag zu finanzieren und können sich eine zusätzliche Altersvorsorge buchstäblich nicht leisten. Die Privatisierung der Alterssicherung nützt vor allem Versicherungskonzernen und Unternehmen und nicht den einzelnen Versicherten. Das nach Rendite suchende Privatkapital auf den Finanzmärkten wird gravierend erhöht, bereits bestehende Krisen werden damit geschürt und neue geschaffen.

Seit Jahren ist eine unserer zentralen Forderungen die Abschaffung der Rente mit 67 Jahren ohne wenn und aber. Die Rente ab 67 ist ein Witz angesichts der Realitäten für ältere Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt: viele Menschen können aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange arbeiten bzw. werden von den Betrieben nicht so lange beschäftigt. Somit ist die starre Regelung der Rente ab 67 Jahren ein weiterer Faktor, der zur vermehrter



Altersarmut führt. Deshalb fordert DIE LINKE: Jede und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. In Bezug auf die Anzahl der Versicherungsjahre bei einer abschlagsfreien Rente gehen wir über die von Euch veranschlagten 45 Versicherungsjahre der Eninger Erklärung hinaus: wir wollen bereits nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – einen abschlagsfreien Einstieg in die Rente schaffen. Das soll daher bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein.

Auch beim Rentenniveau unterscheiden wir uns von Eurer Eninger Erklärung: Anstatt 50% wollen wir das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente wieder auf 53 % erhöhen, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen. Die Voraussetzung dafür ist, dass die seit der Agenda-Politik eingeführten Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel gestrichen werden.

Wichtig ist uns als DIE LINKE auch die Solidarität in der Rentenversicherung zu stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen. So sollen unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes Müttern oder Vätern drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet werden. Außerdem müssen endlich alle Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung eingehen - auch die von Selbständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern. Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben, die Rentenhöhe ist abzuflachen.

Da es uns letztlich vor allem wichtig ist, dass jeder Mensch im Alter in Würde und frei von Armut leben kann, wollen wir eine Mindestrente von zunächst 900.- € einführen, die schrittweise auf 1050.- € angehoben wird. Sie soll all diejenigen auffangen, deren Einkommen und Vermögen nicht ausreicht, einen würdevollen Lebensabend zu verbringen.

Mit herzlichen Grüßen



Heike Hänsel MdB